



O. ZIMMERMANN
OLDENBURG-LAND



ANNETTE SCHWARZ
DELLENHORST



BJÖRN GOTTSCHALK
DELLENHORST



AXEL KONRAD
DELLENHORST



Lobbyismus der Energiekonzerne nicht zulassen. Die Gewinne der Energiewirtschaft müssen zurückfließen, die Energiewende würde dann auf die Bürger weniger belasten. Über die Rückführung der Energiegewinne in kommunalen Besitz, die Kommunen mehr Einfluss auf die Energiegestaltung.

Wie wollen Sie verhindern, dass wir Bürgerinnen und Bürger am Ende allein auf den Nebenkosten der Energiewende sitzen bleiben?

Bei der Einspeisevergütungsgarantie durch das EEG insbesondere bei der Fotovoltaik und Windenergie wird es Veränderungen geben müssen. Bei dem Netzausbau müssen die Kosten ebenfalls ins Kalkül gezogen werden. Mittelfristig werden Energiegewinnung und -verbrauch besser aufeinander abgestimmt werden müssen.

Indem wir dafür sorgen werden, dass die Kosten der Energiewende gemeinsam geschultert werden – der einzelne Bürger darf nicht über Gebühr strapaziert werden wie zum Beispiel über eine „zweite Miete“ durch Wohn- und Nebenkosten.

Die Kosten dürfen nicht allein am Bürger hängen bleiben, die Unternehmen müssen mehr eingebunden werden, aber auch neue Märkte erschlossen werden.

Folgen der neuen B212 hängen doch in erheblicher Weise vom Verlauf ab. Dies ist immer noch nicht fest. Man sollte schon eine Lösung finden, bei der möglichst wenig Anwohner beeinträchtigt werden.

Welche Folgen hat die künftige, neue B 212 für die Region?

Bei der Planung der B212neu sind die Verkehrsprobleme angedeutet, aber nicht hinlänglich abgearbeitet worden. Weder eine West- noch Osttangente wären eine für Delmenhorst wünschenswerte Lösung. Nur mit einer nochmals aufgerollten Planung in einem 3. ROV könnten die Erfordernisse aller sauber abgearbeitet werden.

Leider haben sich CDU und FDP aus dem Landkreis Oldenburg und der Wesermarsch auf die Südvariante ohne Ortsumfahrung verständigt. Das bedeutet für Delmenhorst eine sehr hohe Verkehrsdichte durch die Stadt. Die Delmenhorster Interessen wurden leider nur unzureichend vertreten durch die hiesigen Landtagsabgeordneten.

Man kann die B212N nicht mehr verhindern. Diese Aufgabe der Verkehrsplanung bzw. besserer Verträglichkeit für Delmenhorst oblag der derzeitigen Landtagsabgeordneten aus Delmenhorst und die hat uns im Stich gelassen. Ich kann nur versuchen, den von ihr angerichteten Schaden zu mindern.

Es sollte ein gesetzlicher Mindestlohn für alle bei Vollzeitbeschäftigung auch eine Familienrenten können, ohne staatliche Hilfe angehen zu sein. Arbeit muss sich lohnen.

Sind Sie für den Mindestlohn, um soziale Härten abzufedern?

Ein politisch motivierter gesetzlicher Mindestlohn missachtet die Aufgaben der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter als Tarifpartner. Das Modell der CDU sieht vor, dass eine Kommission der Tarifpartner eine Lohnuntergrenze für die Branchen festlegt, in denen keine Tarifbindung besteht. Arbeit muss sich lohnen!

Ja, ich bin für einen Mindestlohn. Ich denke es ist ein erster Schritt auf dem Weg hin zu „Guter Arbeit bei fairen Löhnen“.

Ich kann mich mit dem Modell der CDU der sogenannten Lohnuntergrenze durchaus anfreunden, denn eins steht fest: Ein Mindestlohn muss in den Bereichen, wo er möglich ist, eingeführt werden.

schimpfen bringen. Wir setzen uns dafür, die Gesamtschulung der Schule in Niedersachsen zu machen. Dies muss auch den individuellen Lernprozess Einzelner berücksichtigen werden, auch in Grund treten wir hin für die Existenz niedriger, paralleler

Jeder schimpft auf das Bildungssystem. Sie auch?

Warum? Mit dem besseren Übergang von der Kita in die Grundschule haben unsere Kinder einen guten Start ins Schulleben. Wir haben vielfältige, gut aufgestellte Schulangebote. Dazu gehört auch die Oberschule, die hier leider von der SPD im Rat ausgebremst wird.

Auf einen Schulaufsteiger kommen in Niedersachsen zehn Schulabsteiger. Da fällt es mir schwer, nicht auf das Bildungssystem zu schimpfen. Vor allem wenn eine Schulform wie die IGS quasi per Gesetzgebung verhindert wird. Die IGS ist die Schulform, die eine gute Bildung für alle am

Nein! Das aktuelle Bildungssystem in Niedersachsen schafft es, dass jedes Kind die besten Chancen auf eine gute Bildung erhält und die Chance hat, sich zu einer eigenständigen und eigenverantwortlichen Persönlichkeit zu entwickeln.



MARLIS DÜßMANN
DELMENHORST



Seit 2002 sind die Strompreise um zehn Cent/kWh angestiegen. Die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien haben sich aber nur um drei Cent erhöht. Zweidrittel haben also nichts mit erneuerbaren Energien zu tun. Hier ist der Gesetzgeber gefragt, der weite Teile der Industrie von der EEG-Umlage ausgenommen hat.

Wir Grüne waren und sind höchsten für einen Ausbau der B212 und nicht für einen Neubau. Lärm und Feinstaub machen krank, wir fordern daher ein Durchfahrtsverbot für Lkw in und um Delmenhorst.

Es ist ein Skandal, dass viele erwerbstätige Menschen nicht mehr von ihrem Einkommen leben können und deshalb brauchen wir die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Wer den ganzen Tag arbeitet, muss den Lebensunterhalt für sich und seine Familie sichern können, alles andere ist menschenunwürdig.

Bedingt. Die Grünen wollen hier den Elternwillen nach einer zweiten IGS durchsetzen. Bildung ist Zukunft. Wir wollen kein Turbo-Abitur, wir setzen auf Wahlfreiheit der Eltern. Die Blockade für integrierte Gesamtschulen gehört aufgehoben.



KATJA BEYER
DELMENHORST



Um die Kosten der Energiewende gerecht zu verteilen, ist es zwingend notwendig, sie auf alle Verbraucher, gleich ob gewerblich oder privat, zu verteilen. Ferner ist es von entscheidender Notwendigkeit, die lokale Erzeugung, Verteilung und Speicherung von Energie zu fördern. Das setzt die Rekommunalisierung der Stromnetze voraus.

Wir setzen uns für die „Verkehrsoptimierte Nordvariante“ (VoN) ein, wie sie die IGB212 neu vorschlägt, weil sie aus unserer Sicht einen Kompromiss für alle beteiligten Ortschaften darstellt. Wichtig ist, dass alle zusammenarbeiten.

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich für einen allgemein verbindlichen Mindestlohn von nicht weniger als den durch die OECD ermittelten Niedrigstlohn für Deutschland ein. Dieser beläuft sich momentan auf 10,36 Euro brutto pro Stunde, der jährlich angepasst wird.

Wir halten das Gesamtschulkonzept für am besten geeignet, der Chancengleichheit und dem individuellen Lernweg jedes Schülers gerecht zu werden. Da jedoch jeder unterschiedlich lernt, treten wir weiterhin für die Existenz verschiedener paralleler Schulformen ein. Außerdem fordern



ANSGAR FOCKE
OLDENBURG-LAND



Die Infrastruktur für die erneuerbaren Energieformen muss weiter aufgebaut werden. An diesen Kosten müssen alle beteiligt werden – Wirtschaft und Privathaushalte. Ausnahmen für Unternehmen müssen berechnete Ausnahmen bleiben. Das wichtigste aber ist: Wir müssen alle daran arbeiten, weniger Energie zu verbrauchen.

Was wir nicht brauchen ist eine Delmenhorster Umgehungsstraße durch Heide, Schönemoor, Schierbrok, Elmelohe und Almsloh bis nach Ganderkesee. Statt in Ganderkesee neue Straßen zu planen, sollte Bremen seine Hausaufgaben machen und das GVZ vernünftig über die A281 an die A1 anschließen.

Wir brauchen eine gesetzlich geregelte Lohnuntergrenze. Die Höhe muss von den Tarifpartnern also den Arbeitgebervertretern und Gewerkschaften verhandelt werden.

Die große schweigende Mehrheit schimpft nicht über das Bildungssystem. Das ist meine Erkenntnis aus vielen Gesprächen. Die Menschen haben die ewigen Schulstrukturdebatten satt. Ich finde wird sollten über Qualität und Inhalte an den Schulen sprechen.



AXEL BRAMMER
OLDENBURG-LAND



Darauf bleiben wir alle sowieso sitzen. Wenn es die Verbraucher nicht direkt bezahlen, zahlen wir es über die Steuer. Wichtig ist, dass wir damit gerecht umgehen und nicht wieder die Kleinen die Zeche zahlen.

Die B 212 sollte eigentlich eine entlastende Wirkung haben. Der geplante Westertunnel braucht jedoch aufgrund der Mautfinanzierung hohe Verkehrszahlen. Zunächst muss aber erst einmal geklärt werden, was wir als Politik eigentlich bewirken können.

Selbstverständlich bin ich für den Mindestlohn. Ich bin auch dafür, dass Leiharbeiter das gleiche verdienen wie ihre Kollegen am Nachbararbeitsplatz. Und wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir mit der Maßlosigkeit in einigen Manageretagen umgehen.

Niedersachsen steht im Vergleich ganz weit hinten. Das fängt in den Kindertagesstätten an. Unsere Grundschulen müssen verstärkt zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Gesamtschulen müssen auch vierzügig sein dürfen, damit die Fläche nicht verschwendet wird.



CHRISTIAN D...
OLDENBURG-L...



Wir brauchen eine Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, damit Energie bleibt. Das EEG grünen Zeiten der Gießkanne fördert auch erneuerbare Energien, die nicht bewirtschaftbar sind. Am Ende müssen Stromkunden be...

Wir sollten als F... Neubaus der B2... weitere Bundesplanen oder gar die zu Lasten von... kesee oder Delm... gehen. Delm... und Ganderkesee im Schulerschließungslängst überfällig... schluss der A281... A1 vom Land einfordern.

Zum Glück geht Niedersachsen in... nigen Jahren in... dere Richtung. D... ist für faire Löh... halb müssen si... rige Löhne entsch... bekämpft werden

Nein. Wir haben 86.000 Lehrern... wie nie zuvor in... schichte Niedersa... und die Eltern sag... meisten Lehrer n... einen tollen Job... nächsten Jahren... wir vor allem die... verkleinern.



CHRISTIAN DÜRR
OLDENBURG-LAND



BIRTE WACHTENDORF
OLDENBURG-LAND



**VERUSCHKA
SCHRÖTER-VOIGT**
OLDENBURG-LAND



CHRISTIAN MARBACH
OLDENBURG-LAND



HEIKO ZIMMERMANN
OLDENBURG-LAND



Wir brauchen eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), damit Energie bezahlbar bleibt. Das EEG aus rot-grünen Zeiten geht mit der Gießkanne vor und fördert auch erneuerbare Energien, die nicht wettbewerbsfähig sind. Das ist teuer und ineffizient. Am Ende müssen das die Stromkunden bezahlen.

Die großen Energiekonzerne müssen stärker in die Pflicht genommen werden. Bisher haben sie massiv durch die langjährige Subventionspolitik der Atomenergie profitiert und zu wenig in den Netzausbau investiert. Nun muss das von ihnen nachgeholt werden – und die Kosten dürfen nicht voll auf die Allgemeinheit umgelegt werden.

Strom-, Wasser- und Gasabschaltungen sind gesetzlich zu untersagen. Dazu brauchen wir öffentlich kontrollierte, kommunal oder genossenschaftlich verwaltete Energiewerke, die die Möglichkeiten nutzen, durch intelligentes Strom-Management die erneuerbaren Energien vor Ort optimal miteinander zu verzahnen.

Indem alle Stromkunden faire Preise bezahlen und die Subventionen zum Stromverbrauch für bestimmte Unternehmen gestrichen werden.

Den Lobbyisten der Energiekonzerne weiter zulassen, die Gewinne der Energiewirtschaft in die Energiepreise einpreisen. Damit würden die Bürger weiter belastet. Über die Regulierung der Energiepreise sollten kommunale Unternehmen hätten die Kosten wieder mehr einbringen und die Preisgestaltung

Wir sollten als Folge des Neubaus der B212 nicht weitere Bundesstraßen planen oder gar bauen, die zu Lasten von Ganderkese und Delmenhorst gehen. Delmenhorst und Ganderkese sollten im Schulterschluss den längst überfälligen Anschluss der A281 an die A1 vom Land Bremen einfordern.

Generell lehnen wir Grünen die B212neu ab. Auch die Planungen zur B213 durch die dicht besiedelte Gemeinde Ganderkese sind umgehend einzustellen. Sie bringt nur mehr Verkehr zum mautpflichtig geplanten Wesertunnel, mit fatalen Folgen für Mensch und Natur.

Die neue B212 stellt die Region vor große Herausforderungen. Diese sind nur zu meistern, indem alle beteiligten Gemeinden Kompromisse eingehen und das Gespräch miteinander suchen. Eine B212n quer durch die Gemeinde Ganderkese lehne ich ab.

Wir Niedersachsen müssen über den Bund den Ausbau der A281 von Bremen einfordern und selbst die B75 zwischen Oldenburg und Bremen ausbauen. Ebenso müssen wir eine LKW-Maut auf Bundesstraßen für ortsfremde LKW überlegen, die hier keine Steuern zahlen.

Die Folgen der B212 hängen von der scheidender Weg. deren Verlauf auf steht immer noch nicht endgültig fest. Man versuchen ein Weg zu finden, bei dem möglichst wenig eine Beeinträchtigung erfahren.

Zum Glück geht es in Niedersachsen seit einigen Jahren in die andere Richtung. Die FDP ist für faire Löhne. Deshalb müssen sittenwidrige Löhne entschlossen bekämpft werden.

Ja, der Mindestlohn ist wichtig. Wir Grünen fordern aktuell 8,50 Euro sowie regelmäßige Anpassungen. Gerade Frauen befinden sich überdurchschnittlich oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Dadurch steigt das Armutsrisiko. Auch Altersarmut ist ein wichtiges Thema und muss endlich energisch angegangen werden.

Selbstverständlich steht Die Linke für einen flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von zehn Euro. Es ist nicht hinnehmbar, dass es zur Normalität gehört, von einem Vollzeitjob nicht leben zu können und zu wissen, dass man trotz Arbeit später in die Grundsicherung fällt und die Altersarmut droht.

Ein Mindestlohn ist ökonomisch sinnvoll und bringt mehr Beschäftigung und weniger steuerfinanzierten Transfer durch den Staat. Ein Mindestlohn muss aber auch mit einer Reduzierung der monetären Leistungen für nicht-erwerbsfähige Menschen einhergehen, um Anreize zu setzen.

Unbedingt sollte der Mindestlohn festgelegt werden muss bei Vollzeitbeschäftigung auch ein Mindestlohn ernähren können auf staatliche Hilfen wiesen zu sein. und muss sich

Nein. Wir haben mit 86.000 Lehrern so viele wie nie zuvor in der Geschichte Niedersachsens und die Eltern sagen: Die meisten Lehrer machen einen tollen Job. In den nächsten Jahren müssen wir vor allem die Klassen verkleinern.

Ja, es gab viel Unruhe und Kehrtwendungen in der Schul- und Bildungspolitik. Dabei wurde verkannt, dass langes gemeinsames Lernen eine wesentliche Grundlage für gute Bildung ist. Stattdessen wird zu früh selektiert und das mehrgliedrige Schulsystem zementiert. Viele Kinder

Ja, es ist ungerecht. Der größte Skandal sind die anhaltenden Schikanen gegen Integrierte Gesamtschulen (IGS). Die Linke fordert unter anderem: die Gründung einer IGS deutlich zu erleichtern und die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren.

Unser Bildungssystem kann erheblich mehr leisten! Wir haben zu wenig flexible Kinderbetreuung, die Ausstattung unserer Schulen ist zu gering. CDU und FDP halten als letztes Bundesland an Studiengebühren fest. Das werden wir ändern.

Nein, schimpfen wir nichts. Wir setzen uns für ein, die Gesetze zur Regelschulbildung in Niedersachsen zu ändern. Allerdings muss persönliche Leistungen des Einzelnen berücksichtigt werden diesem Grund weiterhin für die verschiedenen Schulformen